

Gemeinsam gegen Abschiebung und soziale Ausgrenzung

In Jena fand von 20. April bis 1. Mai der Karawane-Kongreß für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen statt. Die Karawane setzt sich aus unterschiedlichen Menschenrechtsgruppen und verschiedenen Flüchtlingsräten zusammen. Bei diesem ersten Kongreß dieser Art nahmen Delegierte aus über 40 verschiedenen Ländern aus Lateinamerika, Afrika, Mittel Osten und Asien teil. Besucht haben den Kongreß insgesamt etwa 600 Menschen. Die Tage waren in verschiedene Themenschwerpunkte gegliedert, mit einem Tag für Abschlußresolutionen und Manifesten endete der Kongreß am 1. Mai in einer Kundgebungsdemo in Zusammenarbeit mit dem DGB Ostthüringen, wo die zuvor erarbeiteten Resultate der Öffentlichkeit präsentiert wurden.

Zu Beginn des Kongresses wurden wir damit konfrontiert, daß viele Flüchtlinge, die an diesem Kongress teilnehmen wollten, durch die Bestimmung der Residenzpflicht davon abgehalten wurden. Trotz eines Schreibens der Bundesausländerbeauftragten Marie-Luise Beck, das den Ausländerbehörden empfahl, die Teilnahme an dem überaus wichtigen Flüchtlingskongress in Jena zu gestatten, verweigerten viele Ausländerämter die Reisegenehmigung - zum Teil verbunden mit Einschüchterungsversuchen, Starfandrohungen wie der Drohung, daß eine Teilnahme am Kongress die Abschiebung beschleunigen würde. In Rathenow und Cottbus lag den Ausländerbehörden sogar ein Rundbrief des Brandenburger Innenministeriums vor, mit dem sie aufgefordert wurden, keine Erlaubnis für eine Teilnahme auszustellen.

Dieses Gesetz der Residenzpflicht, daß seit 1982 Asylsuchenden in Deutschland untersagt, den Landkreis in dem sie leben, ohne Erlaubnis der zuständigen Ausländerbehörde zu verlassen, existiert europaweit lediglich in Deutschland und drückt exemplarisch die extreme Art der Behandlung von Flüchtlingen in Deutschland aus. Es stellt eine gravierende Verletzung menschlicher Grundrechte dar und wird von uns KongressteilnehmerInnen als Form von politischer Verfolgung betrachtet, da Flüchtlinge ihrer Rechte beraubt sind, sich frei zu bewegen und sich politisch auszudrücken. Die Karawane bedeutet, wie der Name schon sagt, Bewegung. Daher wurde von Beginn des Kongresses an eine Kampagne mit der Forderung nach Aufhebung der Residenzpflicht entwickelt. Eine Serie von bundesweit koordinierten Protestaktivitäten wird ihren Höhepunkt am 3. Oktober, am Tag der Wiedervereinigung Deutschlands finden, an dem die Karawane mit einer Kampagne des zivilen Ungehorsams international die Aufmerksamkeit auf die scheinbar unsichtbaren Menschenrechtsverletzungen in Deutschland lenken wird. Aktivitäten, Faxkampagnen und Demonstrationen vor diversen deutschen Botschaften innerhalb und außerhalb Europas versichern eine internationale Öffentlichkeit für unsere Kampagne.

Die TeilnehmerInnen des Kongresses haben sich entschieden, einen unmißverständlichen Brief an die deutsche Regierung in Berlin zu schreiben, in dem

die Aufhebung der Residenzpflicht gefordert wird und der die verantwortlichen Politiker darüber informiert, daß die Karawane eine friedliche, würdevolle aber dennoch kräftige Kampagne gegen dieses Gesetz beginnt, die solange andauert, bis die Residenzpflicht abgeschafft wird.

“Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört”

Der Slogan “Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört” drückt eine der zentralen Positionen der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen aus, denn die Probleme, mit denen Flüchtlinge konfrontiert sind, haben zwei Gesichter.

Auf der einen Seite müssen wir uns den Abschiebungen, den rassistischen Behandlungen und der sozialen Ausgrenzung hier in Deutschland entgegenstellen und auf der anderen Seite dürfen die Augen auch nicht davor verschlossen werden, was eigentlich die großen Migrationswellen unserer Zeit ausgelöst hat und immer noch auslöst. Die deutsche Regierung führt den Kampf für ein Europa an, in dem die Grenzen für politische Flüchtlinge geschlossen werden. Otto Schily argumentiert, daß die Asylgesetze an sich veraltet und unnötig sind, da die neo-liberale Wirtschaft begleitet wird von einer Einführung liberaler Politik in der ganzen Welt. Diktaturen und Menschenrechtsverletzungen in den Ländern aus denen wir kommen, würden folglich nach und nach verschwinden.

Die SprecherInnen aus Afrika, Asien, Lateinamerika und dem Mittleren Osten stellten in ihren Berichten das genaue Gegenteil dar – mit der freien Marktwirtschaft ist die Zerstörung unserer Heimatländer angewachsen.

Für die Flüchtlinge wird die EXPO 2000 eine verstörende Erfahrung werden. “Die Regime aus denen wir fliehen mußten, sei es Nigeria oder Nepal, ... werden sich als Demokratien ausgeben und eine Menge Wirtschaftsverträge werden dort abgeschlossen werden.” Auf dem Karawane-Kongress wurde beschlossen, daß an den speziellen Ländertagen die Flüchtlinge aus den jeweiligen Ländern mit Unterstützung der gesamten Karawane das Licht auf ihre Fluchtgründe lenken werden, um zu zeigen, das nicht alles Gold ist, was auf der Expo glänzt.

Darüberhinaus soll ein Informations- und Archivbüro zu einzelnen Ländersituationen eingerichtet werden.

Behandelt wurde an diesen Tagen ebenfalls die Thematik von politischen Gefangenen. Unter diesen Begriff fallen nicht nur der Teil der Flüchtlinge, die in ihren Herkunftsländern gegen die dortigen Regime aktiv waren, sondern auch die Flüchtlinge hier, die vom deutschen Staat kriminalisiert werden oder mit Abschiebehaft bedroht sind. In diesem Kontext ebenfalls thematisiert wurde die Isolationshaft, die in Deutschland entwickelt wurde und nun in vielen Ländern, vor allem der Türkei, die blutige Folter ersetzt.

“Festung Europa”

Die Vereinheitlichung und Verschärfung der europäischen Migrations- und Asylpolitik zielt mittlerweile auch direkt auf die Herkunftsländer. Entsprechend der EU-Aktionspläne werden alle ökonomischen und politischen Mittel eingesetzt, um die Herkunfts- und Transitstaaten in die Zerschlagung der Fluchtwege einzubinden und Rückübernahmeabkommen zu erzwingen.

Die Bekämpfung der sogenannten illegalen Migration, die Koordinierung der Abschiebemaßnahmen und eine zunehmende Entrechtung prägen die Lebensbedingungen von Flüchtlingen und Nicht-EU-MigrantInnen in ganz Europa.

Vor diesem Hintergrund waren auf dem Kongreß Delegationen von Selbstorganisationen aus zehn europäischen Ländern eingeladen. Übereinstimmend wurde die Notwendigkeit betont, gemeinsam der weiteren Formierung der Festung entgegenzutreten. Ein erster Schritt besteht in der Ausarbeitung eines europäischen Manifestes für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, das im kommenden Herbst, im Rahmen von Aktivitäten zur französischen Präsidentschaft, fertiggestellt wird. Gemeinsame Kampagnen gegen die an Abschiebungen beteiligten Fluggesellschaften wurden bereits gestartet. Und schließlich sind für den kommenden Sommer mehrere, gleichzeitige Aktionscamp an den Außengrenzen der Festung Europa in Vorbereitung. Hier richtet sich der Protest unmittelbar gegen ein barbarisches Grenzregime, das europaweit Tausende von Todesopfern, vor allem ertrunkene Flüchtlinge im Mittelmeer, zu verantworten hat.

Soziale Ausgrenzung, Rassismus und Faschismus

Das Plenum und die Arbeitsgruppen zu diesem Thema gaben eine detaillierte Analyse der behördlich angeordneten permanenten Polizeikontrollen von Flüchtlingen und MigrantInnen als direktes Ergebnis des rassistischen Asylbewerberleistungsgesetzes. Ungerechtfertigte Verhaftungen, Verfolgung und Mißhandlungen wurden dokumentiert und diskutiert. Der Kongress hat deshalb beschlossen, eine Reihe von Aktionen durchzuführen, einschließlich Demonstrationen in Bahnhöfen, um diese Übergriffe öffentlich zu machen. Polizeikontrollen und behördlicher Rassismus sollen mittels umfassender Fragebögen dokumentiert werden.

Projekt X in Braunschweig und Oldenburg und diverse Kasernierungslager erinnern an ein Stück deutsche Geschichte, die sich von der Öffentlichkeit nahezu unbeobachtet wieder breit macht. Internationale Delegationen der Karawane besuchten in diesem Kontext das Konzentrationslager in Buchenwald, das Abschiebegefängnis in Untermaßfeld und ein Kasernierungslager in Ansbach/Mittelfranken.

Frauen und Flucht/Migration

Der Begriff des individuell politisch Verfolgten, wie er im deutschen Asylrecht vorkommt ist ein Konstrukt, das Frauen und ihre spezifischen Gründe zur Auswanderung meistens ausschließt. Wenn Frauen ihre Länder verlassen, weil sie als Frauen verfolgt sind - etwa durch sexuelle Gewalt oder durch sexistisch diskriminierende Gesetze - ist diese Unterdrückung politisch und darf nicht als "kulturelle Differenz" gerechtfertigt werden.

Beispielsweise berichteten iranische Frauen, daß im Zuge der Annäherung Deutschlands an die islamische Republik Iran, die Menschenrechtssituation im Iran zunehmend beschönigt und die systematische Unterdrückung der Frauen ignoriert wird, obwohl sich an der islamistischen Gesetzgebung nichts verändert hat. So ist beispielsweise Auspeitschung wegen unvollständiger Verschleierung oder Steinigung von Frauen wegen außerehelicher sexueller Kontakte nach wie vor geltendes Recht. Gleichzeitig ebnet die Legitimierungspropaganda den Weg für die Massenabschiebungen von Flüchtlingsfrauen an Ihre Peiniger.

Die Notwendigkeit der Zwangsverschleierung auch in Deutschland ist der Beweis für die Unterdrückung aller Frauen im Iran. Daher darf keine Frau in den Iran abgeschoben werden!

Ein weiterer Themenkomplex an diesem Tag war die Apartheid in der deutschen Familienpolitik und wie der deutsche Staat mit allen Mitteln versucht, Ehen mit ausländischen Partnern zu verhindern. Eine schon im Vorfeld des Kongreß' gestartete Kampagne steht für Familienzusammenführung und ein Bleiberecht für FlüchtlingsehepartnerInnen.

Gemeinsam gegen Abschiebungen

Abschiebung an sich stellt eine eklatante Menschenrechtsverletzung dar, nicht nur weil durch diese Flüchtlinge, die vor Folter und Tod geflohen sind, in zynischer Weise ihren Verfolgern ausgehändigt werden, sondern weil diese ausführend dazu beitragen, den Spalt zwischen den reichen westlichen Industrieländern und dem Trikont zu vergrößern und unüberwindliche Grenzen zu ziehen. Auf dem Kongress wurden Beispiele gegeben, wie Flüchtlinge und illegalisierte Personen tagtäglich von der drohenden Abschiebung terrorisiert werden. Deutsche Behörden und die Botschaften der Herkunftsländer kollaborieren, um Personen, die um ihr Überleben und für ihre Menschenrechte kämpfen, durch z.T. Massenabschiebungen loszuwerden. Es wurden Strategien für den Kampf gegen Abschiebungen entworfen und beraten, wie bereits initiierte Kampagnen unterstützt werden können.

Auch Aktionen auf Flughäfen gegen die Lufthansa werden stattfinden, an denen sich die Karawane beteiligt, mit der Forderung, daß die Lufthansa keine Abschiebungen mehr durchführt.

Kurden aus dem "Wanderkirchenasyl" berichteten von ihrem langzeitigen Kampf für ein Bleiberecht und ihrer Probleme damit, daß die Nordrhein-Westfälische Landesregierung lediglich die Prüfung individueller Fälle zusagte, sich jedoch weigert, alle sich zum Teil schon seit Jahren im "Wanderkirchenasyl" befindlichen Personen zu legalisieren. Der Karawanekongreß beschloß eine internationale Delegation zum "Wanderkirchenasyl" zu schicken, um mit den Betroffenen über ihre Probleme und Forderungen zu sprechen, und um gemeinsam Lösungsansätze zur Umsetzung ihrer Forderungen zu entwickeln.

Auf dem Kongress gab es viele Flüchtlinge, die direkt von Abschiebungen in Länder, in denen ihr Leben in Gefahr ist, bedroht sind. Vielen AktivistInnen der Karawane droht die Abschiebung, obwohl sie wegen ihrer politischen Aktivitäten hier und vor ihrer Flucht, in ihren Herkunftsländern großen Gefahren ausgesetzt sind. Dringende Aktionen wie Unterschriftensammlungen, Fax-Kampagnen und Briefe an die Behörden, wurden initiiert, um diese Personen zu unterstützen.

Kerstin Gierth und Cornelius Yufanyi (The VOICE Africa Forum)

Anm. d. Red.: Mittlerweile sind gegen VeranstalterIn und TeilnehmerInnen Ermittlungen wegen Verstoß gegen oben erwähnter Residenzpflicht eingeleitet worden.